



# HESSISCHER LANDTAG

06. 05. 2025

Plenum

## Antrag

### Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

#### Queerfeindlichkeit entschlossen entgegenzutreten

Seit 2005 wird der 17. Mai als Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDAHOBIT) begangen. Das Datum erinnert an den 17. Mai 1990 — der Tag an dem Homosexualität aus dem ICD-10-Diagnoseschlüssel der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gestrichen wurde. Homosexualität gilt damit offiziell nicht mehr als Krankheit. Der IDAHOBIT ist zugleich ein bedeutender Aktionstag, an dem queere Menschen weltweit auf Demonstrationen und Veranstaltungen gegen die nach wie vor bestehende Diskriminierung von LSBT\*IQ protestieren. Denn auch im Jahr 2025, 20 Jahre nach dem ersten Begehen des IDAHOBIT, ist Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit ein anhaltendes Problem in unserer Gesellschaft.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Hessische Landtag bekräftigt das Ziel, dass in Hessen alle Menschen — unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität — selbstbewusst und ohne Angst verschieden sein können müssen. Sichtbare und starke queere Stimmen sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen Zivilgesellschaft, sind Ausdruck einer vitalen Demokratie. Sie dürfen niemals wieder an den Rand gedrängt und marginalisiert werden.
2. Der Landtag stellt fest, dass queere Menschen in 66 Staaten noch immer strafrechtlich verfolgt werden, in zwölf Ländern droht ihnen sogar die Todesstrafe. Zudem werden queere Rechte derzeit wieder spürbar eingeschränkt oder zurückgenommen: So erließ beispielsweise Donald Trump seit seinem Amtsantritt mehrere Dekrete, die sich gegen die Förderung queerer Teilhabe am öffentlichen Leben in den USA sowie gegen die Rechte von Trans-Menschen richten. Auch bundesweit wie in Hessen nehmen Angriffe auf queere Menschen aktuell wieder zu: Die registrierten queerfeindlichen Straftaten sind in Hessen von 33 Fällen im Jahr 2022 auf 83 Fälle im Jahr 2023 gestiegen und haben sich damit mehr als verdoppelt. Der Landtag stellt fest, dass jeder dieser Fälle einer zu viel ist und verurteilt diese Straftaten sowie jegliche Formen der Diskriminierung von LSBT\*IQ auf das Schärfste.
3. Der Landtag stellt fest, dass auf Solidaritätsbekundungen auch konsequentes Handeln folgen muss. Daher begrüßt er den hessischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt (APAV 2.0). Die im APAV 2.0 enthaltenen Mittel wurden jedoch von der Landesregierung mit dem Haushalt 2025 erstmals seit seinem Bestehen gekürzt. Das ist ein fatales Signal in Zeiten erstarkender Tendenzen von Diskriminierung und Ausgrenzung. Die Umsetzung des Aktionsplans ist stattdessen weiter entschieden zu verfolgen und die darin enthaltenen 65 Maßnahmen und Projekte sind auskömmlich zu finanzieren. Der Landtag unterstreicht hierbei insbesondere die Bedeutung des Projekts „Rainbow Refugee Support“ der hessischen Aidshilfen für die Integration, Beratung und Unterstützung queerer Geflüchteter.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die Themenfelder „Hasskriminalität/Sexuelle Orientierung“ und „Hasskriminalität/Geschlechterbezogene Diversität“ in der jährlichen polizeilichen Kriminalstatistik auszuweisen, um die Entwicklungen in diesen Bereichen sichtbar zu machen. Ebenso müssen die Ansprechpersonen für LSBT\*IQ bei den hessischen Polizeipräsidien stärker in ihrer Arbeit unterstützt und diese besser honoriert werden.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, Maßnahmen der Sensibilisierung, Aufklärungsarbeit und Weiterbildung in Bezug auf queerfeindliche Hasskriminalität in den Justiz- und Sicherheitsbehörden fest zu verankern und entsprechende Angebote auszuweiten.

6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, anlässlich des IDAHOBIT und als Zeichen für Solidarität, Toleranz und Vielfalt jährlich am 17. Mai Regenbogenflaggen an den Ministerien zu hissen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 6. Mai 2025

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Mathias Wagner (Taunus)**